

Informationen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft  
Kreisverbände Marburg und Biedenkopf

## „Es ist 5 vor 12“

Wir wollen keine Kaiser-Wilhelm-Schule!



Dem Landtag liegt der Entwurf der hessischen Landesregierung für ein neues Schulgesetz zur Verabschiedung vor, der weitreichende negative Folgen für die Schulen hätte. Pädagogische Fragen und Werte treten in den Hintergrund, die ökonomische Verwertbarkeit von Bildung soll immer mehr den Alltag bestimmen. Die demokratische Verfasstheit von Bildungseinrichtungen fällt einer zunehmenden betriebsförmigen Organisation zum Opfer. Die geplanten Regelungen stellen keine Antwort auf die geänderten Anforderungen an das Schulsystem in einer demokratischen Gesellschaft dar, sondern bedeuten eher einen Rückschritt in den Obrigkeitsstaat des 19. Jahrhunderts.

„Es ist ein gutes Zeichen, dass dieses Gesetz bei der Anhörung im hessischen Landtag auf den breiten Widerstand insbesondere der unmittelbar von Schule Betroffenen gestoßen ist. Gemeinsam

mit Eltern sowie Schülerinnen und Schülern wird die hessische GEW deshalb weiter für eine demokratische Schule eintreten. Wir fordern die Landesregierung auf, endlich die breite Kritik zu akzeptieren und den Gesetzentwurf grundlegend zu ändern oder ihn zurückzuziehen.“, erklärte der Vorsitzende der GEW Hessen, Jochen Nagel, in Frankfurt.

Deshalb informierten GEW Mitglieder am Samstag, den 14. Mai 2011 in verschiedenen Städten und Gemeinden in Hessen Mitbürgerinnen und Mitbürger über die geplanten Verschlechterungen für die hessischen Schulen. So auch in Marburg am Hanno-Drechsler-Platz.

Die Aktionen standen unter dem Motto: „Es ist 5 vor 12“ und fanden außerdem in Bad Homburg, Bensheim, Friedberg, Gelnhausen, Gießen, Hanau, Korbach, Limburg, Melsungen, Michelstadt, Nidda, Treysa und Wetzlar statt.

Was kommt auf Hessens Schulen zu ?

Darüber informierte die GEW in der Fußgängerzone.



Fotos: Erich Schumacher

Kommentar von Wiltrud Lambinet-Potthoff:

# In Finnland hört man lautes Lachen - wie die in Hessen Bildung machen ...

so lautete schon vor ein paar Jahren, noch zu Zeiten von Kultusministerin Karin Wolff ein Slogan der GEW Marburg. Heute, zwei KultusministerInnen später, fragt man sich immer noch, was ist eigentlich los im „Bildungsland Nr. 1“, in Hessen.

Neues Schulgesetz, neue Dienstordnung, selbständige Schule, Abbau der Unterstützung durch die Schulverwaltung, Neustrukturierung der AfLs - so schnell, wie hier alles umgekrempelt werden soll, kommen die, um die es eigentlich geht, nämlich Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer, Eltern, Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst, Beschäftigte an den Staatlichen Schulämtern und in der Bildungsverwaltung, und andere mehr, gar nicht mit!

Gesetzentwürfe, Verordnungsentwürfe, Strukturentwürfe werden vorgelegt, heftig diskutiert und dann? ... endet die Landtagsdebatte zum neuen Schulgesetz ergebnislos! Es gibt - nur wenige Wochen vor dem neuen Schuljahr - noch eine große Unsicherheit darüber, welche der geplanten Veränderungen tatsächlich durch alle Gremien sind und

damit am 1. Schultag wirksam werden. Da soll einer planen können und sich in Ruhe auf das neue Schuljahr vorbereiten!

Wir sind nicht gegen Veränderungen im hessischen Schulsystem - ganz im Gegenteil - geplante Veränderungen gehen uns oft nicht weit genug oder aber in die falsche Richtung!

Aber wir sind gegen politisch motivierte „Schnellbeschlüsse“, die dann auch noch ohne ausreichende Ressourcen den Schulen aufs Auge gedrückt werden sollen. Wir wünschen uns gut geplante und gut finanzierte Wege zu einer guten Schule für alle! ...damit uns das laute Lachen erhalten bleibt...

In diesem Sinne wünschen wir eine erholsame Sommerzeit, egal ob in Finnland oder am heimischen Baggersee.



Wiltrud Lambinet-Potthoff

## Impressum


Herausgeber:  
**GEW-Kreisverbände Marburg und Biedenkopf**  
Schwanallee 27 - 31, 35037 Marburg  
Telefon: 06421 - 21812  
Fax: 06421 - 164532  
e-mail: gew-marburg@t-online.de  
Layout: Erich Schumacher  
Druck: Druckhaus Marburg  
Auflage: 3000

## Das Redaktionsteam dieser Ausgabe:

Bernd Albert, Heike Hüppner, Karin Hartung, Wiltrud Lambinet-Potthoff, Hartmut Möller  
Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der GEW oder der Redaktion übereinstimmen.

Briefe an die Redaktion:

[gew-aktiv@web.de](mailto:gew-aktiv@web.de)



**Rechtsberatung der GEW**  
Sprechzeiten in der GEW-Geschäftsstelle  
Schwanallee 27 - 31  
**Rechtsberatung mit Doris Bunke**  
Nach Vereinbarung  
**Rechtsberatung mit Volrad Döhner**  
Donnerstag 20.00 - 22.00 Uhr (jeden 2. und 4. Do.)  
**Rechtsberatung mit Angelika Gerschläuer**  
Kreisverb.Biedenkopf, Nach Vereinb.: 06462 - 913183

## Mitglied werden!



..... bitte ausschneiden und senden an:  
**GEW, Schwanallee 27, 35037 Marburg**

- Ich interessiere mich für die Arbeit der GEW und möchte mehr Informationen
- Ich möchte den GEW-newsletter per E-mail kostenlos bestellen
- Ich möchte Mitglied der GEW werden

Name: .....

Adresse: .....

E-mail:



# „Barrierefreiheit im Denken“

## GEW Marburg veranstaltet Podiumsdiskussion zum Thema Inklusion

Kinder und Jugendliche mit Behinderung haben einen Anspruch auf hochwertigen Unterricht in einem inklusiven Schulsystem. Mit der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention im Jahr 2009 hat Deutschland sich verpflichtet, diesen Anspruch gesetzlich umzusetzen und die Voraussetzungen für den Aufbau eines inklusiven Schulsystems zu schaffen. Die Frage lautet nicht mehr, ob, sondern wie Inklusion in unserem Land verwirklicht werden soll.

So sieht es Johannes Batton, Förder-schullehrer, Initiator des Allendorfer Appells und Auftaktredner der von der GEW veranstalteten Podiumsdiskussion „Inklusion braucht Qualität“ am 11. Mai 2011 in der Elisabethschule in Marburg. Vor mehr als 100 Teilnehmenden erläuterte er einleitend die „unrühmliche Rolle“ Deutschlands im europäischen Bildungsvergleich: Lediglich 15 Prozent der Kinder mit besonderem Förderbedarf werden hierzulande gemeinsam mit nicht behinderten Kindern unterrichtet; in Hessen sind es mit 12 Prozent noch weniger. Daran wird sich wenig ändern, solange behinderten Kindern die Aufnahme in die allgemeine Schule wegen fehlender Ressourcen verwehrt werden kann, wie es der vorliegende Entwurf zum Hessischen Schulgesetz vorsieht. Diesen „Ressourcenvorbehalt“ hält Batton für unvereinbar mit der UN-Konvention. Aufgabe der Politik sei es, „angemessene Vorkehrungen“ zu treffen für ein inklusives Bildungssystem, etwa durch geringe Klassengrößen und zusätzliche Lehrerstellen. Die Verknüpfung des Inklusionsauftrages mit Sparmaßnahmen hingegen sei ein „Skandal“.

Eine verantwortungsvolle Umsetzung inklusiver Standards forderte auch Dörte Severin, Koordinatorin des überregionalen Beratungs- und Förderzentrums (BFZ) der Blindenstudienanstalt (Blista) in Marburg. Severin wies darauf hin, dass Beratung und präventive Unterstützung Zeit bräuchten. Erforderlich seien Entlastungsstunden für Lehrkräfte im gemeinsamen Unterricht, Reduzierung der Klassengrößen und der Einsatz von Sonderpädagogen zur kontinuierlichen Förderung der blinden und sehbehinderten Kinder. Für Severin, selbst sehbehindert, ist es „sehr wünschenswert“, wenn mehr Sehbehinderte und Blinde eine Regelschule besuchen, denn: „Gelingende Inklusion hat positive Auswirkungen auf die Gesamtgesellschaft.“

Dieser Gedanke wurde im weiteren Diskussionsverlauf aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet. Dorothea Mannshardt, Schulleiterin einer Grund-, Haupt- und Realschule mit langjähriger Erfahrung im gemeinsamen Unterricht, stellte ihre Vision einer Schule für alle Kinder vor - mit vielfältigen Differenzierungsmöglichkeiten, multiprofessionellen Teams und Rückzugsmöglichkeiten für Kinder mit geistiger Behinderung. Landesschulsprecher Tim Huß plädierte

für eine Abkehr von der „Kultur des Aussonderns“ hin zu einer „inkluisiven Kultur“, in der Heterogenität nicht als Problem, sondern als Chance gesehen werde. In einer Schule mit behinderten und nicht behinderten Mitschülern, durch individuelle Aufgabenstellungen und die Möglichkeit zum selbstständigen Lernen würden alle Beteiligten profitieren. „Inklusion ist eine tolle Sache“, beschloss der Schüler seinen engagierten Beitrag. Auch von Elternseite erfährt das Konzept der Inklusion Unterstützung. Für Bernd Mönlich, den Vorsitzenden des Marburger Stadtteilernbeirats, „darf kein Kind von der Gemeinschaft ausgeschlossen werden.“ In einem inklusiven Schulsystem würden alle Kinder gewinnen, betonte Mönlich, schloss aber die Warnung an: „Inklusion zum Nulltarif kann es nicht geben.“

Die damit angesprochenen Entwicklungen auf landespolitischer Ebene versuchte Peter Martin Stier, stellvertretender Vorsitzender des Verbandes Sonderpädagogik (VDS), in seiner Stellungnahme einzuordnen. Trotz fehlender Einigkeit der regierenden Parteien und geringer Kenntnisse über den Sachverhalt habe man im Kultusministerium begriffen, dass Inklusion einschneidende Veränderungen für das gegliederte und selektive Schulwesen mit sich bringe. Zwar solle „Inklusion“ als Schlagwort in das Schulgesetz übernommen werden; von einer faktischen Umsetzung der Behindertenrechtskonvention und einem tragfähigen Konzept könne aber keine Rede sein. So müsse man zu dem Schluss kommen, dass Inklusion von der Landesregierung nicht gewollt sei.

Das Ergebnis der abschließenden Diskussionsrunde, moderiert von GEW-Mitglied Hartmut Möller, deckt sich mit dem Motto der Veranstaltung: Inklusion braucht Qualität. Inklusion ist der richtige Weg - das war allgemeiner Konsens. Kein „Ressourcenvorbehalt“ dürfe das Recht behinderter Kinder auf inklusive Schulbildung beschneiden. Auch Abwarten oder Nichtstun wurden als Optionen verworfen. Stattdessen wolle man sich an positiven Beispielen orientieren, wie sie auch im näheren Umkreis dort zu beobachten seien, wo man sich zur Ausschöpfung finanzieller und personeller Möglichkeiten entschlossen habe, um Inklusion schrittweise zu verwirklichen. Die Zumutungen einer „Inklusion nach Kassenlage“ dürfe man jedoch nicht kritiklos hinnehmen. In diesem Sinne rief Hartmut Möller die anwesenden Lehrkräfte auf, ihre Kolleginnen und Kollegen für die Problematik zu sensibilisieren. „Barrierefreiheit im Denken“, so kündigte er an, werde auch weiterhin ganz oben auf der gewerkschaftlichen Agenda stehen; weitere Veranstaltungen zum Thema würden folgen. Darin nämlich war man sich ebenfalls einig: Inklusion fängt in den Köpfen an.

Christina Müller

Foto: Erich Schumacher





## Über 300 Personalräte vor dem Kultusministerium:

# Protest gegen die Zentralisierungspläne der Landesregierung

Die Landesregierung will Staatliche Schulämter, Studienseminare und Arbeitsgerichte in Hessen zusammenlegen. Gegen diese Zentralisierungspläne protestierten am 18. Mai über 300 Personalräte aus allen Teilen Hessens, von allen 15 Staatlichen Schulämtern ! Sie verlegten ihre Personalratssitzungen direkt vor das Kultusministerium, einziger Tagesordnungspunkt: „Die Entwicklung der Staatlichen Schulämter und die Mitbestimmung in Hessen“.

Hinter den jeweiligen Ortsschildern der Schulämter versammelten sich die Personalräte direkt vor dem Haupteingang des Ministeriums, bevor sie in dem gegenüber aufgebautem Festzelt ihre Beratungen aufnahmen. Doch zum Feiern war den Personalräten nicht zumute !

Die Vorsitzende des Hauptpersonalrates der Lehrerinnen und Lehrer (HPRL) beim Kultusministerium, Angela Scheffels betonte in ihrer Rede zu Beginn der Tagung:

„...die Debatte um Veränderung der Schulaufsicht läuft unter einem Spardiktat - das war noch nie eine Basis für perspektivische Lösungen...“

Die Absichten des HKM, eine Entwicklung zu selbstständigen Schulen voranzutreiben, sieht der HPRL skeptisch, manche Teile dieser Entwicklung lehnen wir deutlich ab, z.B. die daraus entstehende Konkurrenz der Schulen untereinander ...das „Schwarze Peter Spiel“,

das beginnt, wenn Schule allein verantwortlich für ein gutes Bildungsangebot sein sollen und dabei mit den Defiziten bei den Ressourcen auskommen müssen...

Nötig für Schule heute und auch in einem Prozess zu selbstständigeren Schulen hin, ist schulnahe Beratung und Unterstützung,“ so die Vorsitzende.

„Würden Staatliche Schulämter zusammengelegt, dann hätte dies auch Konsequenzen für die Personalvertretung, die massiv eingeschränkt würde. Schon heute haben Schulen und damit Schulpersonalräte viele zusätzliche Aufgaben, ohne, dass dies zur Erhöhung ihrer Personalrats-Anrechnung geführt hätte,“ so Scheffels.



Angela Scheffels

## Mehr Unterstützung ist notwendig

„Eine Beliebigkeit der Entwicklung von Schulen im Rahmen selbstständige Schule kann nicht hingenommen werden, die Staatlichen Schulämter sind genau dafür zuständig, die Entwicklung der Schulen zu unterstützen, zu begleiten, eine Koordination der Schulen untereinander sicher zustellen, Ausgleiche zu sichern etc. Es ist ein Widerspruch, auf dem Weg zu selbstständigeren Schulen, gleichzeitig die Schulverwal-

tung in der Region zu reduzieren, es ist auf einem solchen Weg eher mehr Unterstützung nötig!“ so Angela Scheffels.

Karl-Heinz Ernst, Vorsitzender des Hauptpersonalrates Kultus (zuständig für die Beschäftig-



Karl-Heinz Ernst





Hinter den Ortsschildern ihres Schulamtes versammelten sich die Personalräte direkt vor dem Haupteingang des Kultusministeriums.

ten der Verwaltung) erklärte:

„...bei der Anhörung im Kulturpolitischen Ausschuss am 07.04.2011 habe ich es noch begrüßt, dass im vorliegenden Gesetzentwurf zur Änderung des Hessischen Schulgesetzes noch von 15 Staatlichen Schulämtern ausgegangen wird.“

In letzter Zeit mehren sich jedoch die Gerüchte, dass es nicht bei dieser Zahl bleiben soll, obwohl uns in einem Schreiben vom März 2010 noch zugesagt wurde

„Für die Legislaturperiode (09 -14) bleibt es bei 15 Staatlichen Schulämtern.“

Wir erwarten von der Ministerin, dass sie sich an diese Zusage hält.

Die Einführung der - selbstständigen Schule - sowie die Einführung der Mittelstufenschule und - die Umsetzung der inklusiven Schule stellen eine erhebliche Herausforderung für die Schulen dar,“ stellte Ernst klar.

## Kompetenzen aus den Schulämtern sind gefragt

„Wir sind daher der Auffassung, dass die Staatlichen Schulämter mit ihrer regionalen Zuordnung und Kenntnissen am Besten geeignet sind die Schulen hierbei zu unterstützen.“

Schulleitungen werden kein großes Interesse an zusätzlichen Verwaltungsaufgaben haben.

Gerade bei der Einführung der „Selbstständigen Schule“ benötigen die Schulleitungen eine intensivere Betreuung und Unterstützung.

Hierbei sind die Kompetenzen der Kolleginnen und Kollegen aus den Staatlichen Schulämtern gefragt. Verwaltungsaufgaben sollten von speziell ausgebildetem Personal erledigt werden und bei den Staatlichen Schulämtern eingesetzt werden.

Dies garantiert eine einheitliche Aufgabenwahrnehmung und eine gleichwertige Vertretungsregelung. Wir halten es daher für erforderlich, dass es bei 15 Staatlichen Schulämtern bleibt,“ und unter großem Beifall richtete Kollege Ernst den Appell an die Ministerin: „Wir wollen endlich klare Fakten. Die Spekulationen müssen ein Ende haben!“

Claudia Kilian, Tarifbeschäftigte und Vorsitzende des Personalrats beim Amt für Lehrerbildung erläuterte den Personalräten ihre Position:

„Die Beschäftigten im Amt für Lehrerbildung benötigten in den vergangenen Wochen - und wie es aussieht auch in den folgenden - ein starkes Nervenkostüm. Die Mehrzahl der Beschäftigten in unserem Amt hat in der Vergangenheit schon Umstrukturierungen, Dienststellenaufhebungen und - zusammenlegungen in Verbindung mit Stellenabbau und Standortveränderungen erlebt, aber

noch nie in dieser Dreistigkeit der Umsetzung. Die aktuelle Vorgehensweise der Kultusministerin ist ein Affront gegenüber den eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.“



Claudia Kilian

Anfang April dieses Jahres konnten wir Beschäftigte des Amtes für Lehrerbildung in der FAZ nachlesen, wie sehr die Ministerin unsere Arbeit geringerschätzt. Kurz darauf berichtete uns dann die Frankfurter Rundschau, welche Pläne und Papiere das Hessische Kultusministerium für unser Amt ausgearbeitet hat:

- 103 Stellen im Verwaltungsbereich sollen gestrichen werden,
- mehr als 1000 LIV werden weniger eingestellt,
- die Zahl der Studienseminare soll von 30 auf 20 verringert werden.

Die Beschäftigten reagierten mit Entsetzen und Betroffenheit auf das beispiellose Vorgehen und der Personalrat wandte sich mit einem Brief an die Ministerin um Klarheit und Gewissheit zu erhalten. Als Reaktion aus dem Ministerium kam ein nichtssagendes Schreiben, das ich eigentlich nicht mal antworten kann.

Wir - vom Personalrat des Amtes für Lehrerbildung - stehen hier heute stellvertretend für die Beschäftigten an den Studienseminaren, bei den Prüfungsstellen, in den Tagungsstätten, in der Fort- und Weiterbildung und in der Verwaltung,“ erläuterte Claudia Kilian unter großem Beifall.

## Wir sind kein aufgeblähter Wasserkopf

„Wir stehen hier für die Beschäftigten, die den Alltagsbetrieb unter widrigen Bedingungen aufrecht erhalten, die seit Jahren mit einer veralteten EDV-Ausstattung kämpfen.“

Wir stehen hier für die Beschäftigten, die schon mehrfach ihren Dienort wechseln mussten und die jeden Morgen und Abend durch die Regionen zu ihren Arbeitsplätzen pendeln.

Wir stehen hier für die Beschäftigten, die Ihre langfristig erkrankten Kolleginnen und Kollegen vertreten, die den Betrieb vor Ort am Laufen halten und dennoch immer bedacht sind, ihre Arbeit selbst unter Termindruck qualitativ gut zu verrichten.

Wir sind kein aufgeblähter Wasserkopf: wir sind Beschäftigte, die sich engagieren und die ihre Arbeit in den Dienst der Lehreraus- und -fortbildung stellen.

Wir fordern Klarheit und Transparenz bei den Plänen des Ministeriums bei der Neustrukturierung der Ämter im Ressort Kultus. Wir fordern auch die Ehrlichkeit einzugestehen, dass die geplanten Einsparungen nicht einzuhalten sind.

Die Bildungsverwaltung hat unter den früheren Einsparungen schon enorm gelitten und wir sind am Ende der Fahnenstange angelangt. Wir brauchen jede verbliebene Stelle in der Bildungsverwaltung!“ forderte Claudia Kilian.

## Beiträge aus allen Regionen

Es folgten Beiträge von Personalräten aus allen Staatlichen Schulämtern. Für das Staatliche Schulamt Marburg - Biedenkopf berichtete die Personalrätin Renate Döbler über den Bereich Unterstützung, der bekannt ist durch seine regionalen Fortbildungen, Beratungen und der Unterstützung in der Schulentwicklung...

„Besondere Bereiche der Marburger Schulpsychologie sind die Marburger Verhaltenstrainings und die Marburger Konzentrationstrainings für Kinder und Jugendliche. Diese Trainings machen nur Sinn wenn sie wohnortnah stattfinden“, so Renate Döbler.

Ebenfalls eine Besonderheit in Marburg stellt die Lernwerkstatt im SSA dar. Hier können sich Lehrkräfte informieren wenn es um die individuelle Förderung von Schülerinnen und Schüler geht.

Ein weiterer Punkt ist die schulpsychologische Versorgung bei einer eventuellen Zusammenlegung der SSÄ. Wenn El-

tern erst stundenlang unterwegs sein müssen um zu einem Beratungsgespräch oder für Untersuchungen mit ihren Kindern ins SSA zu kommen, wird kaum noch jemand den Weg zu uns finden. Die weiten Wege sind für Eltern zeitlich und finanziell nicht zumutbar.

Auch die Erreichbarkeit der Schulen wird schwierig wenn Schulpsychologen einen großen Teil ihrer Arbeitszeit im Auto verbringen um zu den Schulen zu kommen.

Die Staatlichen Schulämter müssen vor Ort erreichbar bleiben, ansonsten leidet die Qualität und auch die Quantität unserer Arbeit!“ forderte die Schulpsychologin.



Renate Döbler

## Delegation zum Staatssekretär

Noch während der Berichte aus den Schulämtern machte sich eine fünfköpfige Delegation, der auch Angelika Gerschlauser angehörte, auf den Weg zum Hessischen Landtag, in dem an diesem

Tage die Debatte um das neue Hessische Schulgesetz ausgetragen wurde. (siehe Bericht von Angelika Gerschlauser auf der folgenden Seite)



Die "Rote Karte" zeigten die Personalräte den Zentralisierungsplänen des Kultusministeriums

## Bürgerversammlung in Marburg

Das Marburger Stadtparlament hat beschlossen eine Bürgerversammlung zu den Zentralisierungsplänen der Staatlichen Schulämter, des Studienseminars für Gymnasien und der Arbeitsgerichte einzuberufen.

Termin bitte der Tagespresse entnehmen, war bei Redaktionsschluss noch nicht bekannt.



## Delegation beim Staatssekretär:

# Brockmann verteilt Beruhigungspillen

**Als die hessischen Gesamtpersonalräte am 18. Mai auf dem Wiesbadener Luisenplatz in einer Sitzung die Pläne des Kultusministeriums zur Zusammenlegung der Schulämter berieten, war ich Mitglied der Delegation, die in den Landtag entsandt wurde, um Staatssekretär Brockmann die gesammelten Unterschriften zu übergeben.**

Staatssekretär Brockmann nahm die Unterschriften im Beisein der Presse dankend entgegen. Er versicherte, man werde diese Stimmen hören, hielt dem aber entgegen, man müsse bedenken, dass der Landtag dabei sei, im neuen Schulgesetz die Selbstständige Schule zu beschließen. Dass sich die Verwaltung dann verändern müsse, sei doch wohl klar.

Zur weiteren Diskussion, ohne Presse, wurden wir in einen Nebenraum geführt, wo Angela Scheffels und Karl-Heinz Ernst die Forderungen der Gesamt- und Schulamtspersonalräte vortrugen. Herr Brockmann berief sich darauf, dass die Einsparungspläne nur 5-6 Personen der Hausspitze bekannt seien und eine politische Entscheidung getroffen werden müsse. Alle in der Öffentlichkeit diskutierten Standorte seien Spekulation. Wie auch immer eine Entscheidung aussehen würde, werde sie einen großzügigen Übergangsspielraum lassen und sozialverträglich gestaltet. Kündigungen werde es keine geben. Dass eine Tarifbeschäftigte mit halber Stelle sich die Arbeit an einem weiter entfernten Arbeitsplatz vielleicht gar nicht mehr leisten kann, wird dabei außer Acht gelassen.

Eine Zeitschiene wollte er nicht nennen, erklärte aber, dass er davon ausgehe, dass vor den Sommerferien eine Entscheidung getroffen werde.

Für die Verhandlungen mit dem Finanzminister gab Angela Scheffels zu bedenken, dass die, durch die Zusammenlegung von Schulämtern eingesparten Anrechnungstunden für Gesamtpersonalräte, unbedingt den Schulpersonalräten zur Verfügung gestellt werden müssten, die heute schon ihre Aufgaben nur mit erheblicher Mehrbelastung ernsthaft wahrnehmen könnten. Damit sei auch hier nicht mit Einsparpotential zu rechnen.

Falls vom Gesetzgeber Zusammenlegungen beschlossen werden sollten, wird seitens der Personalräte ausreichend Zeit für die Erörterung in allen Mitbestimmungsgremien vorausgesetzt.

Wenn Staatssekretär Brockmann sagt, die selbstständigen Schulen erforderten eine abgespeckte Schulverwaltung, hat er wahrscheinlich nicht berücksichtigt, dass die Mehrzahl der Schulen nicht selbstständig sind, aber die Schulämter sollen jetzt schon mal zusammengelegt werden. Wer macht in der Zwischenzeit die Arbeit? Sollen sich die Schulen künftig etwa nicht mehr freiwillig für die Selbstständigkeit entscheiden dürfen?



Angelika Gerschlaue

## Kultusministerin Henzler bei Elternvertretern

Im April fand in Marburg das tournusmäßige Treffen der hessischen Stadt- und Kreiselternebeiräte mit dem Landeselternbeirat (LEB) und Kultusministerin Dorothea Henzler statt.

Einen besonderen Empfang wurde den zahlreichen Gästen durch Mitglieder der Gewerkschaft und Wissenschaft (GEW) Marburg-Biedenkopf vor dem Haupteingang geboten: Die engagierten Lehrerinnen und Lehrer hatten einen „Hürdenlauf“ für die Kultusministerin aufgebaut, um auf besonders dringliche Probleme aufmerksam zu machen, die

den Schulalltag erschweren. Doch die Kultusministerin hatte kein Interesse an einer sportlichen Betätigung und auch nicht auf ein Gespräch mit den Pädagogen: Sie wählte lieber den Hintereingang ins Schulgebäude der Martin-Lutherschule.

Gerne hätten die Kolleginnen und Kollegen der GEW mit ihr über zahlreiche Probleme diskutiert. Die GEW-Kollegen kritisieren dann die mangelnden Rahmenbedingungen für Inklusion und fordern den Erhalt des Staatlichen Schulamts in Marburg.



GEW-Mitglieder wollten Kultusministerin Henzler begrüßen, - sie kam durch den Hintereingang.

# Aus dem Gesamtpersonalrat (GPRLL):

## Befristet Beschäftigte müssen wieder zum Arbeitsamt - Kürzung der Mittel um mehr als 50% !

Nach den dem GPRLL vorliegenden Informationen, sind im Schulamtsbezirk Marburg-Biedenkopf zunächst fast alle Vertretungsverträge für Lehrkräfte bis zum 22. Juni 2011 befristet, nur ganz wenige Verträge laufen länger.

Bereits im vergangenen Jahr hatte das Staatliche Schulamt Marburg-Biedenkopf angekündigt, die Angelegenheit sehr restriktiv zu handhaben und dass es seinen per Erlass möglichen Spielraum zugunsten der Beschäftigten nicht ausschöpfen werde. Die Begründung des Staatlichen Schulamtes: das zur Verfügung stehende Budget wurde im Schulamtsbereich Marburg-Biedenkopf überzogen, daher sei kein Geld für eine großzügige Regelung mehr da.

Verschärfend kommt in diesem Jahr noch hinzu, dass das Kultusministerium die Mittel für Vertretung im Personalkostenbudget für 2011 massiv gekürzt hat. Konkret heißt dies für unser Schulamt: statt 1.477.333 stehen nur noch 662.895 zur Verfügung.

Es ist zu befürchten, dass die Schulen Verträge für Vertretungen nicht mehr zu 100% erhalten und dass den meisten

befristet beschäftigten Lehrkräften in unserer Region ein Teil des ihnen zustehenden Lohnes vorerhalten wird, obwohl sie genauso viel arbeiten, wie die unbefristet beschäftigten Lehrkräfte. Aber nur Letztere werden auch in den Ferien bezahlt. Diese nun schon Jahre andauernde Ungerechtigkeit führt jetzt wieder dazu, dass sich viele Lehrkräfte zu den Sommerferien arbeitslos melden müssen.



Angelika Gerschlauser

Die Betroffenen mussten sich bis spätestens 22. März bei der Arbeitsagentur arbeitslos gemeldet haben, da sie sonst in den Sommerferien nicht nur kein Geld bekommen, sondern auch nicht krankenversichert sind! Laut Mitteilung von Herrn Breustedt, Leiter der Marburger Agentur für Arbeit, hatten sich bis Mitte Mai im Agenturbezirk Marburg 65 Lehrerinnen und Lehrer arbeitslos gemeldet.

Eine interne Auswertung des GPRLL von Ende Februar kommt zu folgenden Zahlen:

- Von ungefähr 300 befristet Beschäftigten erfüllen ca. 100 nicht die vom Erlass vorgegebenen 39 Wochen Beschäftigung bis zum Ende des letzten Schultages vor den Sommerferien.
- Von den verbleibenden 200 Personen scheint es nach dem derzeitigen Stand der Informationen nur für ungefähr 70 Personen gesichert, dass die Vertragsverlängerung mit der Sommerferienbezahlung erfolgt.
- Für die übrigen 130 Beschäftigten geht es weiter mit dem Hoffen und Bangen um die Sommerferienbezahlung!

Der Gesamtpersonalrat protestierte gegen diese schreiende Ungerechtigkeit auch in diesem Jahr wieder durch eine Aktion:

Unter dem Motto „Die Einen gehen zum Badestrand - die Anderen zum Arbeitsamt!“ organisierten die Personalräte einen „sommerlichen Empfang“ vor dem Staatlichen Schulamt mit anschließender Informations- und Fortbildungsveranstaltung.

